

**DEPARTEMENT
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

Vorsteher

1. August 2025

Bundesfeier 1. August 2025

Ansprache Landammann Dieter Egli in Frick und Bremgarten

((Es gilt das gesprochene Wort))

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Heute feiern wir die Schweiz, unser Land – unsere Geschichte, unsere Werte. Das, was uns ausmacht, das, was wir alle so lieben und als Heimat empfinden, und das, was uns erfolgreich macht. Dafür sind wir hier – selbst dann, wenn es nicht so viel zu feiern gibt. Gerade heute habe ich nämlich gar nicht Lust, über die Schweiz zu reden. Eher über das, was die Schweiz bedroht, unsere Werte, unseren Zusammenhalt und vor allem unsere Demokratie. Sie wissen ja, was jetzt kommt – und ich bin ja auch nicht der Einzige, der heute darüber spricht.

Wir befinden uns an einer Zeitenwende. Vieles, was wir bisher als gegeben erlebt haben, als felsenfeste Gewissheit, verändert sich. Wir verändern uns, weil wir verändert werden. Die sichtbarsten Zeichen sind die geopolitischen Konflikte – solche, die schon lange schwelen, oder ganz aktuelle, wo sich die Parteien so unversöhnlich entgegen stehen wie nie, der Krieg in Europa, den wir uns nicht mehr vorstellen konnten.

Für diese Zeitenwende stehen aber auch die USA: Wir erleben gerade täglich mit immer neuen grotesken Meldungen, wie – ich kann es nicht anders sagen – eine der grössten Demokratien der Welt systematisch ausgehebelt wird. Ausgehebelt zugunsten von wenigen, die sich nach ihrem eigenen Gutdünken über Gesetze hinwegsetzen und nur noch das machen, was ihnen richtig scheint und was ihnen persönlich nützt.

Das ist möglich geworden wegen den vermeintlich einfachen Lösungen, die sie den Menschen anbieten, wegen ihrer grenzenlosen Respektlosigkeit – und auch dank ihrer finanziellen Möglichkeiten und ihrem Willen, ihre Macht bis aufs Äusserste auszunutzen. Wir beobachten, wie schnell das gehen kann, wie schnell wir uns an immer schlimmere Szenarien gewöhnen und wie wenig Widerspruch es gibt. Ich glaube nicht, dass sich noch vor einem Jahr jemand hätte vorstellen können, dass der amerikanische Präsident die Medienfreiheit einschränkt, die Freiheit der Wissenschaft bekämpft – oder nur schon, dass er öffentlich sagt, dass Länder ihm den Arsch küssen sollen für einen Steuerdeal.

Diese respektlose Aussage bleibt zwar schockierend, aber unser Schock nimmt ab, man gewöhnt sich bis zu einem gewissen Grad daran, dieser Umgangston hat sich innert kurzer Zeit als normal eingeschlichen. Vielleicht auch darum, weil das genannte Beispiel ja lange nicht das einzige ist – es ist einfach das, das uns am nächsten ist und uns wohl am unmittelbarsten betrifft. Autokratisch regierte Staaten haben wir ja aber auch in Europa schon länger.

Und alle Autokraten arbeiten nach dem gleichen Muster: Sie greifen Institutionen an, pulverisieren sie oder ziehen sie ins Lächerliche. Sie zerstören willentlich gesellschaftliche Strukturen, sie schüren

Zweifel am Rechtsstaat und lassen die Rechtssicherheit verschwinden. Damit schaffen sie Unsicherheit und Zwietracht – und präsentieren sich dann als Retter in dieser Situation. So attackieren sie direkt und indirekt unsere Demokratie.

Wahrscheinlich hat man damals in den 1930er Jahren auch beobachtet, was im Deutschen Reich vor sich geht, und sich gewundert, wie schnell es möglich ist, ein Land in eine Diktatur umzubauen. In der Schweiz hat man damals nicht nur mit dem Aufbau der Verteidigungsfähigkeit reagiert, sondern auch mit der geistigen Landesverteidigung. Weil man eben merkte, wie stark und verführerisch die Propaganda des Nationalsozialismus war, und dass man sich auf seine eigenen Stärken besinnen muss, um solcher Propaganda etwas entgegenzusetzen.

Heute geht es nicht mehr konkret um ein Land. Es ist vielmehr ein globaler Trend, den wir beobachten: Dass sich das Recht des Stärkeren durchsetzt. Denn das ist, was übrig bleibt, wenn Demokratie und Rechtsstaat verschwinden: Das Faustrecht, oder irgendwelche Deals zwischen starken Männern und ihren ultrareichen Gehilfen, die die Welt unter sich aufteilen.

Und Propaganda berieselt uns auch jetzt wieder dauerhaft. Ihr wird in den sozialen Medien der Boden bereitet. Der deutsche Kanzler spricht seit kurzem davon, dass man sich bereits heute in einem hybriden Krieg befinde, und meint damit die Propaganda aus Russland. Sie wird mit Fake News bewusst gesteuert und zielt darauf, das Vertrauen in unsere Demokratie und in unsere Institutionen zu zerstören, unseren Zusammenhalt zu schwächen. Sie trifft uns an unseren neuralgischen Punkten – dort, wo wir wirkliche oder scheinbare Probleme haben, und giesst absichtlich Öl ins Feuer mit einfachen, emotionalen Botschaften, die die Wahrheit verdrehen und verzerren. So dass wir wütend werden, aufeinander, auf die, die anders sind als wir, auf den Staat und die Wissenschaft, die uns sagen wollen, wie wir zu leben haben, auf unsere Nachbarn, die immer alles besser wissen. So dass wir nichts und niemandem mehr glauben und uns in unseren eigenen Kokon zurückziehen, auf jeden Fall nicht mehr miteinander reden.

Einen genauso starken Einfluss hat die Propaganda von populistischen Bewegungen – die uns weismachen will, es sei doch gut, wenn endlich mal jemand durchgreift. Vielleicht etwas grobschlächtig in der Ausdrucksweise, aber endlich mal einer, der Mut hat – auch den Mut zu sagen, was wir uns selbst nicht zu sagen getrauen. Einer, der den starken Mann markiert, der uns auch mal erlaubt, egoistisch und rücksichtslos zu sein: Endlich mal nicht mehr all diese Regeln und Gesetze, die uns einschränken, die Rücksicht auf Minderheiten, der Staat, der uns Reglemente und Vorschriften verpasst, die uns einengen und unsere Freiheit beschränken wollen.

Das ist eine Geschichte, die auch bei uns in der Schweiz verfängt. Denn wollen nicht auch wir als Eidgenossen frei sein? Wollten wir uns nicht schon immer - seit 1291 - von fremden Vögten befreien? Und sind vielleicht am Ende doch der Staat und die mühsamen demokratischen Prozesse unsere Fesseln, müssen wir vielleicht denen einen Riegel vorschieben? Etwas völlig Neues wagen – egal, wohin uns das führt?

Glauben Sie mir, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, diese Geschichte ist zu einfach. Unsere Gesellschaft, unser Staat braucht Regeln. Diese schränken zwar unsere Freiheit ein. Aber sie geben uns, den Bürgerinnen und Bürgern, und auch den Unternehmen viel Sicherheit – die Sicherheit, immer gleich behandelt zu werden von allen. Das ist uns vielleicht weniger wichtig, wenn wir stark sind und uns stark fühlen. Wir sind aber darauf angewiesen, wenn wir einmal angegriffen werden – wenn wir selber, unsere Integrität, unser Recht oder auch unser Besitz in Zweifel gezogen werden.

Es ist und bleibt so: Die Gesetze in einer Demokratie werden nicht für die Starken geschaffen, sondern dafür, dass alle gleichberechtigt sind, egal, wie viel sie verdienen, welches Geschlecht sie haben, an welchen Gott sie glauben, aus welcher Familie sie stammen und wie viel Macht sie haben.

Als Politiker ist es meine Aufgabe, mit dem Parlament zusammen diese gesetzlichen Regeln zu schaffen – und sie durchzusetzen. Dafür bin ich von Ihnen demokratisch gewählt. Glauben Sie mir, ich tue das nicht gerne, ich finde diese Regulierung, die oft kritisiert wird, auch nicht gut. Ohne wäre

es oft einfacher. Ich bin aber überzeugt: Spätestens, wenn die Regeln und Gesetze ausgehebelt werden, die uns und unsere Rechte schützen, dann werden wir diesem Rechtsstaat nachtrauern – und der Demokratie, die ihn aufgebaut und sichergestellt hat.

Ich habe den Eindruck, dass wir uns das zu wenig vor Augen führen in den aktuellen Zeiten. Dass wir vor allem die negativen Seiten der Demokratie sehen und diskutieren, nicht aber ihre Stärken. Doch genau auf diese müssen wir uns wieder besinnen!

Und unsere grösste Stärke ist es, dass wir miteinander reden und streiten. Das ist unsere Demokratie. Wir streiten und diskutieren über verschiedenste Projekte, immer wieder. Wir treffen uns an Gemeindeversammlungen, am Stammtisch, im Verein. Und wir holen in der Politik immer auch die Meinung der Gegenseite ein – auch wenn wir glauben, dass wir uns nicht verstehen. Wir schlagen uns manchmal fast die Köpfe ein – aber nachher raufen wir uns wieder zusammen und handeln einen Kompromiss aus, eine tragfähige Lösung, hinter der eine Mehrheit steht – und die auch die Minderheit akzeptiert, weil der Weg dahin fair war. Das ist Demokratie. Das ist unser Staat, ob im Bund, im Kanton oder in der Gemeinde. Der Staat ist nicht irgendein System, das uns führt. Sie und ich, wir alle sind der Staat, wir bestimmen – wenn wir das wollen.

Wir dürfen uns dabei nicht auseinanderdividieren lassen von Zweifeln, Fake News und Machtgehe. Wir müssen uns austauschen und voneinander wissen, was wir wollen und was nicht. Wir müssen miteinander reden.

Das mag unspektakulär klingen – weil wir das ja schon tun und weil "miteinander reden" nicht etwas ist, was man marktschreierisch und emotional auf Instagram verkünden kann. Und es ist oft Knochenarbeit für die Bürgerinnen und Bürger – vor allem auch für alle, die sich ehrenamtlich in der Politik engagieren. Aber weil wir reden, kennen wir einander – auch wenn wir uns nicht immer verstehen. Das ist das Fundament, das uns als Land schon durch unzählige Wirren getragen hat. Und es ist letztlich unser Erfolgsrezept, der Grund dafür, dass wir uns sicher und frei fühlen, dass wir stabile Verhältnisse haben und es uns so gut geht in der Schweiz.

Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Und uns geht es heute ähnlich wie damals den freiheitsliebenden Ureidgenossen, die sich im Bundesbrief von 1291 ihre gegenseitige Unterstützung zusicherten. Sie konnten sich nämlich je einzeln nicht effektiv gegen die "fremden Vögte" wehren, sondern mussten sich zusammenschliessen und Verbündete suchen – auch wenn sie sich nicht immer liebten und einig waren.

Und so ist unser Gründungsmythos auch heute noch – oder wieder – aktuell. Nicht für uns als Eidgenossen und Eidgenossen, sondern für unser Land als moderner Kleinstaat, der mitten in Europa liegt – und der die grossen Probleme wie Migration oder Klimawandel nie allein lösen kann. Wir müssen uns Verbündete suchen.

Wer diese Verbündeten sind, können wir nicht immer mit Sicherheit sagen. Aber wir merken: Die grosse Demokratie im Westen ist daran, sich als verlässliche Verbündete zu verabschieden, die Akteure im Osten sind das noch nie gewesen. Es können nur unsere direkten Nachbarn in Europa sein. Das sind keine "fremden Vögte" oder "fremden Richter", sondern es sind Partner, mit denen wir ebenfalls schon seit Jahrzehnten diese Kultur des Redens und Aushandelns pflegen. Auch in diesen Beziehungen gibt es Unsicherheiten, wir wissen nicht, wie sich die politische Situation entwickelt. Aber unsere Nachbarländer bauen auf das gleiche Fundament wie wir, auf die Demokratie. Auch diese Zusammenarbeit ist – vor allem Arbeit. Aber andere verlässliche Partner als Europa haben wir im Moment nicht.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger: Wenn ich jetzt noch politisch geworden bin, dann werden sich vielleicht einige ärgern über das, was ich gerade gesagt habe. Das ist gut so. Ich freue mich, mit Ihnen ganz eidgenössisch darüber zu streiten. Denn nicht ich als Politiker oder "die Politik" müssen einen Weg finden, sondern wir müssen zusammen einen Weg finden. Wir müssen im Gespräch bleiben. Wir müssen – auch weiterhin – reden miteinander.

Vielen Dank, dass Sie sich genau dazu die Zeit nehmen – nicht nur heute, sondern jeden Tag, das ganze Jahr. In unserem Land, das ich so sehr schätze, weil hier alle die Freiheit haben, zu sagen, was sie denken – und weil wir trotzdem zusammenhalten, wenn es darauf ankommt!

Es stimmt nicht, wenn ich am Anfang gesagt habe, dass wir nichts zu feiern habe. Denn genau das haben wir zu feiern am heutigen Feiertag! Ich wünsche uns allen einen schönen 1. August. Vielen Dank.